

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Stadt)

13. Sitzung

15.04.16

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

13. Sitzung

am 15. April 2016

Börsenhof A, Raum 416

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Güngör (SPD)
Abg. Herr Prof. Dr. Hilz (FDP)
Abg. Herr Hinners (CDU)
Abg. Herr Leidreiter (ALFA-Gruppe-Bremen)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Özdam (CDU)
Abg. Herr Reinken (SPD)
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Herr Schmidt (SPD)
Abg. Frau Steiner (FDP)
Abg. Frau Tüchel (SPD)
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Lühr)	
Staatsrat Strehl)	
Herr Meyer)	
Herr Fehren)	
Frau Dr. Krause-Nicolai)	
Frau Dr. Saebetzki)	
Frau Kreitz)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Steinkopff)	
Frau Bleiker)	
Herr Schneider)	
Frau Schüttrumpf)	
Frau Oberdörfer)	
Frau Sokol)	vom Rechnungshof
Herr Meyer-Stender)	
Herr Schittkowski		vom Senator für Inneres und Sport
Herr Mackeben		vom Senator für Kultur
Frau Wolff		von der Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport
Herr Runge		vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Herr Schwier)	vom Senator für Justiz und Verfassung
Herr Kneisel)	Praktikant
Herr Ullrich)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Helmsdorf)	
Frau Grewe-Wacker)	
Frau Milanova)	
Frau Kretschmer)	
Frau Rauscher		von der Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport
Herr Weyand		vom Statistischen Landesamt Bremen
Frau Rautenberg		von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Radtke		vom Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Czellnik		von der Wirtschaftsförderung Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei/ Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 16.30 Uhr.

I. Protokoll

1. Protokoll der 10. Sitzung am 17. Februar 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 10. Sitzung am 17. Februar 2016.

2. Protokoll der 11. (Sonder-) Sitzung am 25. Februar 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 11. (Sonder-) Sitzung am 25. Februar 2016.

3. Protokoll der 12. Sitzung am 11. März 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin, die Ressorts auf Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

2.2 Haushaltsberatungen 2016/2017

Terminplanung und Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen
- Vorlage: Schreiben des Ausschussreferenten vom 18. März 2016 und Entwurf einer Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen -

Abg. Herr Leidreiter beantragt unter Bezugnahme auf Ziffer 4 des Entwurfs einer Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen in den Haushalts- und Finanzausschüssen (Land/Stadt) den zweiten Absatz dahingehend zu ergänzen, dass der Ausschussreferent auch auf Bitten einer Gruppe berechtigt ist, nach Versand der Einladung Tagesordnungspunkte nachzutragen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE und FDP den Antrag des Abgeordneten Herrn Leidreiter abzulehnen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE und FDP gegen die Stimme des Ausschussmitglieds der Gruppe ALFA, die Verfahrensordnung für die Haushaltsberatungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (Land/Stadt).

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt, die Haushaltsberatungen 2016/2017 am Dienstag, den 31. Mai 2016 von 12.00 Uhr bis circa 19.00 Uhr, am Mittwoch, den 1. Juni 2016, von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, am Donnerstag, den 2. Juni 2016 von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr und am Freitag, den 3. Juni 2016 von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr durchzuführen.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen -

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Zentrales Finanzcontrolling hier: Jahresbericht 2015 - Vorlage Drs.146 S –

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Jahresbericht 2015 des zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis.

**2.2 Vergleich zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) und der Gerhard-Marcks-Stiftung
- Vorlage Drs.147 S –**

Auf Nachfrage des **Abg. Liess** erklärt **Dr. Mackeben**, dass eine Kenntnisnahme des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt) gegenwärtig ausreichend sei, weil die finanziellen Auswirkungen dieses Vergleichs Gegenstand der anschließenden Haushaltsberatungen seien. Hierdurch werde eine parlamentarische Befassung mit dem Inhalt des Vergleiches in ausreichender Weise sichergestellt. Darüber hinaus bittet er zu beachten, dass der Vergleichabschluss gemäß § 7 der Vergleichsvereinbarung unter einem sogenannten Haushaltsvorbehalt stehe. Die Wirksamkeit des Vergleiches stehe damit unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Haushaltsgesetzgeber der Freien Hansestadt Bremen. Erst nach dessen Zustimmung gelte die vereinbarte Fördersumme für die gesamte Laufzeit des Vergleiches.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht über den Vergleichabschluss zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) und der Gerhard-Marcks-Stiftung zur Kenntnis.

**2.3 Inanspruchnahme der Dienste der Kanzlei Mossack Fonseca
hier: Berichtsbitte der Fraktion der FDP
- Vorlage Drs. 163 S –**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 2.7, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht der Senatorin für Finanzen vom 6. April 2016 zur Kenntnis.

3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten

**3.1 Universum Bremen – Nachhaltiges Ausstellungs- und Finanzierungskonzept
- Vorlage Drs.148 S –**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 3.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht „Universum Bremen -

Nachhaltiges Ausstellungs- und Finanzierungskonzept“ zur Kenntnis und sieht die laufende Nummer 10 der Auftragsliste als erledigt an.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt das vorgelegte Vorgehen zur Verschmelzung der UMG auf die BSC zur Kenntnis.

4. Vollzug der Haushalte gem. Art. 132a Landesverfassung

- 4.1 PGR: 71.01.03 - Gewerbeflächen / Regionalplanung
Beauftragung eines integrierten Verkehrskonzeptes für die
Überseestadt
hier: Zulässigkeit der Ausgaben im Rahmen der vorläufigen Haus-
haltsführung nach Art. 132a S.1 Landesverfassung
- Vorlage Drs.149 S –**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 4.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der Fraktion DIE LINKE der Beauftragung eines integrierten Verkehrskonzeptes für die Überseestadt in Höhe von 150 TSD € (anteilig 50% aus dem Sondervermögen Überseestadt und 50% aus Bundesmitteln des bremischen ÖPNVGesetzes (BremÖPNVG)) als „weitergehende Ausnahme“ im Sinne von Punkt 4.1 der „Verwaltungsvorschrift zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) 2016 auf der Grundlage der Ermächtigung nach Art. 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (LV)“ zu.

- 4.2 PGR: 93.01.03 - Steuerähnliche Abgaben
Konzept zur Mittelverwendung aus den Erlösen der Digitalen
Dividende II
hier: Mittelbereitstellung im Jahr 2016 und Zustimmung zum Eingehen
von Verpflichtungen ab 2017
- Vorlage Drs.150 S –**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 4.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig dem Konzept zur Mittelverwendung aus den Erlösen der Digitalen Dividende II zu und nimmt die zu seiner Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig

- bei SWAH der Mittelbereitstellung i.H.v. 1.005 T€ zugunsten einer neuen Haushaltsstelle 0995/892 10-3 „Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende II (SWAH)“ sowie der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.492 T€ mit Abdeckung in den Jahren 2017 in Höhe von 1.127 T€ und 2018 in Höhe von 365 T€ zu.
- bei SKB der Mittelbereitstellung i.H.v. 1.381 T€ zugunsten einer neuen Haushaltsstelle 0995/892 40-5 „Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende II (SKB)“ sowie der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.31 T€ mit Abdeckung in 2017 zu.
- bei SWGV der Mittelbereitstellung i.H.v. 350 T€ zugunsten einer neuen Haushaltsstelle 0995/892 20-0 „Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende II (SWGV)“ zu.
- bei SF der Mittelbereitstellung i.H.v. 383 T€ zugunsten einer neuen Haushaltsstelle 0995/892 30-8 „Wirtschaftliche Zukunftsprojekte aus der Digitalen Dividende II (SF)“ zu.

Die Deckung der vorgenannten Ermächtigungen erfolgt aus den vom Bund bereitgestellten bzw. bereitzustellenden Erlösen der Digitalen Dividende II.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Senatorin für Kinder und Bildung, die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und die Senatorin für Finanzen dafür Sorge zu tragen, dass 20 Prozent der Gesamtmittel (1.198 T€) Bremerhaven finanziell oder durch entsprechende Teilhabe an Maßnahmen/Projekten, gemäß den beschlossenen Umsetzungsbereichen und deren finanzielle Aufteilung, zukommen.

Der Haushalts und Finanzausschuss (Stadt) bittet zur Januar-Sitzung 2017 um einen Sachstandsbericht zur Umsetzung des Konzepts zur Mittelverwendung aus den Erlösen der Digitalen Dividende II.

- 4.5 PGR: 12.01.01 - Allgemeine Sportangelegenheiten
Mittelinanspruchnahme i.S. einer Sperrenaufhebung in Höhe von insgesamt 205 T€ für Sportförderung
- Vorlage Drs.151 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Mittelinanspruchnahme i.S. einer Sperrenaufhebung in Höhe von insgesamt 205 T€ bei der Haushaltsstelle 3191/684 00-0, Zuschüsse Sportförderung, zu.

- 4.6 PGR: 68.02.06 – Städtebau /Stadtumbau/Wohnungswesen
Städtebauliche Umgestaltung des Bereichs der Wallanlagen und des Umfeldes Bahnhof Neustadt
hier: Zustimmung zum Eingehen einer Verpflichtung bei Hst. 3696/892 80-5, Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes West – in Höhe von 439.583 €
hier: Beantragte Mittelinanspruchnahme bei Hst. 3696/892 80-5, Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes West – in Höhe von 280.000 €
- Vorlage Drs.152 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig dem Eingehen einer Verpflichtung in Höhe von rund 439.580 Euro zu Lasten des Haushaltsjahres 2017 sowie einer Mittelinanspruchnahme in Höhe von 186.667 Euro bei der Hst. 3696/892 80-5, Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes West, zu.

- 4.7 EU beihilfenrechtliche und betriebswirtschaftliche Beratungsleistungen zur Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfiananzierung
hier: Zustimmung zum Eingehen einer Verpflichtung in 2017
- Vorlage Drs.153 S -**

Abg. Eckhoff fragt nach der Notwendigkeit der Beauftragung zum jetzigen Zeitpunkt und möchte wissen, warum mit einer Entscheidung in dieser Sache nicht bis nach den Haushaltsberatungen abgewartet werden könne.

Abg. Rupp bittet um Erläuterung, warum die juristische und betriebswirtschaftliche Beratung nicht auch durch eigenes Personal im Wirtschaftsressort erfolgen könne.

Frau Kretschmer antwortet, dass die europäische Kommission im Rahmen eines vorläufigen Prüfverfahrens die sofortige Einführung einer beihilfekonformen Trennungsrechnung verlangt habe. Die Umstellung, die nach dem Willen der europäischen Kommission bis spätestens 1. Januar 2017 erfolgen müsse, sei sehr aufwendig und müsse im laufenden Betrieb erfolgen. Aus diesem Grund sei beabsichtigt, auf externe juristische und betriebswirtschaftliche Beratungsleistungen zurückzugreifen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP der externen Beratungsleistung zu und nimmt zur Kenntnis, dass die im Jahr 2016 erforderlichen Barmittel aus dem Sondervermögen Häfen bereitgestellt werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP, zu, dass eine Verpflichtung i.H. v. 75,5 T€ bei der Hst. 3801/634 11-6, Zuweisung an das Sondervermögen Häfen, eingegangen wird.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Personalmehrbedarf bei den Ausbildungszahlen der Polizei Bremerhaven im Rahmen der Ausbildungsplanung 2016

hier: Kenntnisnahme der Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Vorlage Drs.154 S –

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 4.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) zur Kenntnis, dass eine Beschlussfassung in dieser Angelegenheit bereits im Umlaufverfahren am 24. März 2016 erfolgt ist und der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) dieser Vorlage einstimmig zugestimmt hat.

5.2 Besetzung neuer Stellen des Jobcenters Bremen für die Betreuung von Flüchtlingen

- Vorlage Drs.155 S –

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Steiner** und **Herrn Hinners**, erklärt **Herr Lühr**, dass die Besetzung der neuen Stellen im Jobcenter Bremen für die Betreuung von Flüchtlingen in normalem Anstellungsverhältnis erfolge. Eine Verbeamtung dieser Mitarbeiter sei nicht beabsichtigt. Im Rahmen der Stellenbesetzungen werde auch auf wechselwillige und geeignete Mitarbeiter des sogenannten Personalüberhangs bei der Gesundheit NORD zurückgegriffen.

Abg. Hinners bittet zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt) am 19. August 2016 um einen Sachstandsbericht zur Integration eines Personalüberhangs bei der Gesundheit NORD in die Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Maßnahme auf der Grundlage der Ermächtigung des Art. 132 a der Bremer Landesverfassung (zur Besetzung neuer Stellen des Jobcenters Bremen für die Betreuung von Flüchtlingen) zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) ermächtigt die Senatorin für Finanzen, die haushalts- und stellen-technische Umsetzung vorzunehmen.

5.3 Umsetzung des Konzeptes zur Optimierung der Verkehrsüberwachung
Erneuter Sachstandsbericht auf Basis aktueller empirischer Daten zur Umsetzung des Verkehrsüberwachungskonzeptes, sowie zur Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen aufgrund der Abweichungen zum ursprünglichen Konzept
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 14 der Auftragsliste

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 5.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet den Senator für Inneres, jährlich im Rahmen des vorläufigen Abschlussberichts Produktgruppenhaushalt (01-13) über die Ergebnisse der Verwarnungs- und Bußgelder aus der Verkehrsüberwachung detailliert zu berichten.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

6.4 PGR: 92.01.02 Allgemeine Finanzen (Sonstiges)
Bericht über den Flächenstandard bei Büroräumen der bremschen Verwaltung
hier: Berichtsbitte Nr. 19 der Auftragsliste
- Vorlage Drs. 163 S –

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III 6.3, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Kenntnis und bittet im 4. Quartal 2017 um einen erneuten Bericht.

7. Sonstiges

- keine Vorlagen -

IV. Verschiedenes

- keine Vorlagen -

(Schluss des öffentlichen Teils um 16.44 Uhr.)

gez. Jens Eckhoff